

Auftreten gegen die Einschränkungen des kirchlichen Lebens in Osteuropa würden die Kirchen aus den osteuropäischen Ländern mit großer Wahrscheinlichkeit auf den Druck ihrer Regierungen hin den ÖRK verlassen müssen. — Die Mitteilung Blakes über die Erfolge privater Demarchen ist naturgemäß nicht nachprüfbar.

<sup>5</sup> Es ist eigentlich verwunderlich, daß gerade Blake die Frage der Reformierten Kirche in den Niederlanden nach den Möglichkeiten für ein Engagement zugunsten der Christen in Osteuropa mit dem Hinweis auf die Ungerechtigkeiten in anderen Teilen der Erde beantwortet. Denn erstens weiß er, daß konkreter Einsatz mit notwendigerweise beschränkten Mitteln immer nur an bestimmten, umgrenzten Punkten geleistet werden kann, wenn er Erfolg haben soll, und zweitens erscheint nichts leichter, als den Vorwurf der Unausgewogenheit beim Einsatz für die Menschenrechte an den ÖRK zurückzugeben. Denn dem später vom Generalsekretär selbst genannten Programm zur Bekämpfung des Rassismus hat der Weltrat der Kirchen nichts Vergleichbares zur Durchsetzung der Freiheitsrechte im kommunistischen Machtbereich an die Seite zu stellen. Darüber hinaus stellt sich die Frage, ob eine kirchliche Organisation in ihrem Kampf gegen die Unterdrückung sich nicht zuallererst derjenigen annehmen sollte, die wegen ihrer Religion diskriminiert und verfolgt werden. Müßte nicht der Einsatz für „die Ureinwohner von Australien oder die Eskimos in Kanada“ demgegenüber zurücktreten? Es versteht sich von selbst, daß der Kampf für die Glaubenstoleranz in Osteuropa nicht mit den gleichen Mitteln geführt werden kann wie der Krieg für die nationale

Selbstbestimmung in Afrika. Dennoch sind Schwerpunktprogramme denkbar, die den Kirchen im sowjetischen Einflußbereich die Anteilnahme der Weltchristenheit an ihrer schwierigen Lage beweisen könnten. Außerdem würde der ÖRK durch einen ausgewogenen Einsatz gegen die Diskriminierung in West und Ost eine Glaubwürdigkeit bei jenen erhöhen, die das Antirassismusprogramm für einseitig oder gar für verfehlt halten.

<sup>6</sup> Der Glaube, Breschnjew könnte durch das Antirassismusprogramm dafür gewonnen werden, mehr Kirchen in sowjetischen Großstädten zuzulassen, kann kaum anders als naiv bezeichnet werden; es sei denn, man versuchte von Anfang an, ein derartiges Junktim zu schaffen, das jedoch ebenfalls wenig Erfolgsaussichten hätte. Dagegen hat der weltweite Protest gegen den Antizionismus in der Sowjetunion gezeigt, daß die kommunistischen Führer unter bestimmten Voraussetzungen die öffentliche Meinung im Westen in ihr Kalkül miteinbeziehen. Aus moralischen Erwägungen heraus gewährte Vorleistungen gegenüber dem politischen Gegner werden von kommunistischen Führern schon deshalb nicht honoriert, weil sie sich selbst von vorneherein in der moralisch überlegenen Position sehen. Niemand wird dem ÖRK den Willen absprechen, für die Christen in Osteuropa einzutreten, und niemand wird auch das Dilemma verkennen, in dem sich der Weltrat hierbei befindet; dennoch fragt es sich, ob Generalsekretär Blake nicht heute beispielsweise ein ebenso klares Wort zur Baptistenverfolgung in der Sowjetunion sagen sollte, wie er 1968 einen spontanen Protest gegen die Invasion der CSSR formuliert hat.

## Entwicklung ist mehr als wirtschaftliches Wachstum

### Die Rede des Weltbankpräsidenten McNamara vor der Dritten Welthandelskonferenz

*In Ergänzung zu unserem Bericht über die Dritte Welthandelskonferenz auf S. 330—333 dieses Heftes veröffentlichen wir hier den Wortlaut der Rede des Präsidenten der Weltbank. Sie orientiert anhand des notwendigen Zahlenmaterials vorzüglich über einige ökonomische und soziale Grundtaten, die den Prozeß der wirtschaftlichen Entwicklung bestimmen bzw. hemmen, und belegt nachdrücklich die beiden Grunderfordernisse: 1. die Notwendigkeit, daß die Entwicklungsländer selbst nicht nur volkswirtschaftliches Wachstum erstreben, sondern im Wachstumsprozeß für eine ausgeglichene Vermögensverteilung sorgen bzw. darauf hinarbeiten (Gefälle zwischen Bruttosozialprodukt und Pro-Kopf-Einkommen auf der einen und der schichtengebundenen Einkommensdiskrepanzen auf der anderen Seite), 2. die Pflicht der Industrieländer, einen die Entwicklungsländer benachteiligenden Handelsprotektionismus (Zollpräferenzen) abzubauen.*

#### I. Einführung

Dies ist die erste Gelegenheit, die sich mir seit meiner Berufung zum Präsidenten der Weltbank geboten hat, an einer Versammlung der Konferenz der Vereinten Nationen über Handel und Entwicklung teilzunehmen. Ich freue mich sehr, hier anwesend sein zu können.

Was ich zu sagen habe, soll kurz und offen sein.

Meine Meinung ist folgende:

— Der Stand der Entwicklung in einem Großteil der Entwicklungsländer ist heute untragbar und verschlimmert sich zusehends.

— Er ist nicht etwa deswegen untragbar, weil es in den vergangenen Jahren — insbesondere während der sechziger Jahre — keinen Fortschritt gegeben hat, sondern weil alle Entwicklungsprogramme sich weitgehend auf gesamtwirtschaftliche Zielsetzungen erstreckt haben, ohne dafür zu sorgen, daß alle Völker und alle Gruppen innerhalb der Völker in gleichem Umfange am wirtschaftlichen Fortschritt teilhaben.

— Heute, am Eingang des zweiten Entwicklungsjahrzehnts, beginnt man die Fehler der Vergangenheit zu erkennen, doch haben bisher weder die Industrieländer noch die Entwicklungsländer Anstalten getroffen, sie auszuräumen.

— Wenn somit der heutige Entwicklungsstand untragbar ist — und er ist es —, so dürfen wir keine Zeit damit verlieren, nach den Schurken im Stück zu suchen, oder — was noch schlimmer wäre — unnütze Kraft vergeuden, indem die reichen Völker und die armen Völker sinnlos gegeneinander ausgespielt werden. Im Gegenteil, die gesamte internationale Entwicklungsgemeinschaft, also wir alle, muß alsbald praktische Maßnahmen in die Wege leiten, die der Konzeption nach gesund und in finanzieller Hinsicht durchführbar sind und die darüber hinaus die nötige Unterstützung der Öffentlichkeit finden. Ich will heute einige solche Maßnahmen aufzeigen.

#### II. Der unterschiedliche und untragbare Stand der Entwicklung

Ich habe gesagt, daß nach meiner Meinung der Stand der Entwicklung in einem Großteil der Entwicklungsländer heute untragbar ist. Er ist in der Tat untragbar, aber nicht, weil es keinen Fortschritt gegeben hätte. Fortschritte sind gemacht worden. Das gesamte sich im Bruttosozialprodukt niederschlagende wirtschaftliche Wachstum in den Entwicklungsländern während des ersten Entwicklungsjahrzehnts war eindrucksvoll. Für manche dieser Länder war es gesamtwirtschaftlich gesehen das erfolgreichste Jahrzehnt ihrer Geschichte.

Diese wirtschaftlichen Maßstäbe können sich aber ungeachtet ihres Nutzens auch als ernstlich unzulänglich erweisen. Ihre Unzulänglichkeit ergibt sich daraus, daß sie allein nicht viel darüber aussagen, was mit dem Leben der Einzelperson in den großen Massen von Menschen in den Entwicklungsländern geschieht. Im Endeffekt ist aber die Verbesserung des Lebens der Einzelperson in der großen Masse der Menschen der wahre Sinn und Zweck der Entwicklungsarbeit.

Was sollen wir zu einer Welt sagen, in der Hunderte von Millionen Menschen nicht nur statistisch arm sind, sondern auch unter täglichen Entbehrungen leiden, die die Würde des Menschen auf einen Tiefstand drücken, den keine Statistik zutreffend wiedergeben kann?

— Eine Entwicklungswelt, in der Kinder unter 5 Jahren nur 20% der Bevölkerung ausmachen, aber von 60% aller Todesfälle betroffen werden.

— Eine Entwicklungswelt, in der zwei Drittel aller Kinder, die dem Tode entronnen sind, in einem Zustand weiterleben werden, in dem sie durch Unterernährung im Wachstum behindert sind, die möglicherweise Körper und Geist verkümmern läßt.

— Eine Entwicklungswelt, in der es 100 Millionen mehr erwachsene Analphabeten gibt als vor 20 Jahren.

— Kurz — eine Entwicklungswelt, in der Tod und Krankheit überhandnehmen, in der Bildung und Beschäftigung knapp, Elend und Trägheit dagegen allgemein sind, während die Möglichkeiten und die Verwirklichung des Persönlichkeitspotentials aufs äußerste beschränkt bleiben.

So sieht die Welt heute aus für die zwei Milliarden Menschen, die in den mehr als 95 Entwicklungsländern leben, die der Weltbank als Mitglieder angehören. Die persönliche Katastrophe, die die einzelnen Personen unter diesen Hunderten von Millionen trifft, hat solche Ausmaße, daß uns die einfache statistische Leistung der Erreichung des Zieles eines Gesamtzuwachses im Bruttosozialprodukt um 5 % bis zum Ende des ersten Entwicklungsjahrzehnts keine große Genugtuung mehr bereiten kann.

Zunächst verbirgt sich hinter dieser Durchschnittszahl die Tatsache, daß die *Wachstumsrate in den Entwicklungsländern* sehr unterschiedlich war und daß das Einkommen dort am wenigsten anstieg, wo es am nötigsten war, nämlich in den ärmsten Ländern mit der größten Gesamtbevölkerung.

Auf der Grundlage von Studien über die einzelnen Länder ergibt sich ein Bild, aus dem klar hervorgeht, welches Ausmaß die Unterschiedlichkeit im Wachstum erreicht.

— Die bedeutendsten Öl-Ausfuhrländer, die weniger als 4 % der Gesamtbevölkerung ausmachen, erfreuten sich einer Zuwachsrate im Bruttosozialprodukt, die statt bei 5 % bei 8,4 % lag.

— Die Entwicklungsländer mit einem Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt von mehr als 500 \$, die 9 % der Gesamtbevölkerung ausmachen, weisen eine Wachstumsrate von 6,2 % auf.

— Die Länder mit einem Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt zwischen 200 \$ und 500 \$, die 20 % der Gesamtbevölkerung ausmachen, hatten eine Zuwachsrate von 5,4 %.

— Und die ärmsten Länder, nämlich die mit einem Pro-Kopf-Bruttosozialprodukt von weniger als 200 \$, die den gewaltigen Stand von 67 % der Gesamtbevölkerung erreichen, wiesen eine Zuwachsrate von nur 3,9 % auf.

Hieraus können wir also den ersten offenkundigen Schluß ziehen, daß wir durch das Zusammenwerfen aller Entwicklungsländer und die Messung des Fortschritts an einem Durchschnittswachstum des Bruttosozialprodukts für die gesamte Gruppe die entscheidenden Unterschiede zwischen diesen Ländern vertuschen.

Schlimmer noch — wir vertuschen die noch größeren Unterschiede im Wachstum ihres Pro-Kopf-Einkommens.

— In den ärmsten Ländern, die 67 % der Bevölkerung ausmachen, stieg das Pro-Kopf-Einkommen während des ersten Entwicklungsjahrzehnts nur um jährlich 1,5 %.

— Bei den beiden mittleren Ländergruppen stieg das Pro-Kopf-Einkommen wesentlich stärker, nämlich um jeweils 2,4 % und 4,2 %.

— Bei den Öl-Ausfuhrländern stieg es dreimal so hoch: auf 5,2 %.

Die größte Irreführung liegt jedoch in der Annahme, daß, wenn wir erst einmal die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts für ein bestimmtes Entwicklungsland berechnet und anschließend als Pro-Kopf-Wert ausgedrückt haben, damit ein zutreffendes Bild des Standes der wirtschaftlichen Entwicklung in dem betreffenden Land gegeben ist. Das ist keineswegs der Fall. Die Wachstumsraten des Bruttosozialprodukts und des Bruttosozialprodukts als Pro-Kopf-Wert sagen nämlich überhaupt nichts darüber aus, wie in Wirklichkeit das Einkommen innerhalb eines Landes verteilt ist.

### III. Ungleiche Einkommensverteilung in den Entwicklungsländern

Aus allen verfügbaren Unterlagen geht hervor, daß selbst diejenigen Industrieländer, die eine beachtliche Zunahme bei den Zuwachsraten ihres jeweiligen Bruttosozialprodukts aufzuweisen haben, einer überaus ungerechten Einkommensverteilung ausgesetzt sind.

Während der vergangenen zehn Jahre wuchs das *brasilianische* Bruttosozialprodukt pro Kopf jährlich real um 2,5 %; dennoch ging der auf die 40 % ausmachende ärmste Bevölkerungsschicht entfallende Anteil des Volkseinkommens in den Jahren zwischen 1960 und 1970 von 10 % auf 8 % zurück. Der Anteil der Reichsten (nur 5 % der Bevölkerung) stieg dagegen im gleichen Zeitraum von 29 % auf 38 %. Dem Bruttosozialprodukt nach entwickelte sich das Land gut, ebenso die Klasse der Reichsten. Die 40 % der ärmsten Bevölkerung zogen allerdings aus diesem Fortschritt kaum einen Nutzen.

In *Mexiko* bietet sich ein ähnliches Bild. Während der vergangenen 20 Jahre wuchs das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen der Bevölkerung jährlich real um 3 %. Auf die 10 % der wohlhabenden Bevölkerung entfiel am Anfang dieses Zeitraumes rund die Hälfte und gegen Ende sogar ein noch höherer Anteil des gesamten Volkseinkommens (49 % im Jahre 1950 und 51 % im Jahre 1969). Im Jahre 1950 lag der Anteil der 40 % ausmachenden ärmsten Bevölkerung bei nur 14 %; er ging 1969 auf 11 % zurück. Der Anteil der ärmsten 20 % fiel im gleichen Zeitraum von 6 % auf 4 % zurück.

*Indien* konnte im Laufe der zurückliegenden 10 Jahre einen Fortschritt beim Wachstum des gesamten Bruttosozialprodukts verzeichnen. Heutzutage leben jedoch etwa 40 % der gesamten Bevölkerung — 200 Millionen Menschen — unter dem Existenzminimum, also der Grenze, unterhalb derer ernstliche Unterernährung einsetzt. Es zeigt sich, daß die ärmsten 10 % der Nation — 50 Millionen Menschen — nicht nur nicht an dem Fortschritt des Jahrzehnts teilhatten, sondern möglicherweise noch ärmer geworden sind.

Diese Beispiele weichen nicht von der Regel ab. Eine neuere Untersuchung der Einkommensverteilung in über 40 Entwicklungsländern kommt zu dem geschätzten Ergebnis, daß zu Beginn des ersten Entwicklungsjahrzehnts der durchschnittliche Anteil der reichsten 20 % der Bevölkerung am Volkseinkommen 56 % betrug, während derjenige der 60 % der ärmsten Bevölkerung nur bei 26 % lag. Wiewohl Vergleichszahlen für den Anfang des zweiten Entwicklungsjahrzehnts bislang noch zu unvollständig sind, um detaillierte Schlußfolgerungen zu ziehen, zeigt sich dort schon jetzt, daß diese stark verzerrte Einkommensverteilung nicht nur fortbesteht, sondern in vielen Ländern womöglich noch schlimmer wird. Die Armen nehmen nur in sehr begrenztem Umfang an den Vorteilen des Wachstums teil.

Warum ist dies so? Die Ursachen sind natürlich vielschichtig. Es stellen sich uns mehr Fragen, als wir Antworten parat haben; in gewissen Punkten jedoch gewinnen wir Klarheit. Zunächst ist wirtschaftliches Wachstum die Voraussetzung für die Entwicklung in jedem armen Land — aber es ist keineswegs die einzige. Ohne ein entsprechendes Wachstumsklima lassen sich Spargelder und Exporterlöse eines Landes, die für Investitionen im Inland entscheidend sind, einfach nicht mobilisieren. Dies ist einleuchtend genug. Weniger einleuchtend ist hingegen die Tatsache, daß wirtschaftliches Wachstum in einem armen Land in den Anfangsstadien eher zu Lasten der ärmsten Schicht der Gesellschaft im Vergleich zu den wohlhabenden Schichten gehen kann, sofern nicht gezielte Maßnahmen ergriffen werden, um einen solchen Effekt zu verhindern.

Dies gilt insbesondere für die an der Grenze des Existenzminimums arbeitenden Agrarwirtschaften, bei denen das wirtschaftliche Wachstum mit dem begrenzten, jedoch intensiven Anbau eines reichlich vorhandenen Naturprodukts begann. Die geschichtliche Erfahrung lehrt, daß in dieser Situation der Ein-

kommensanteil der 60% der ärmsten Bevölkerungsteile sinkt und derjenige der 5% Reichsten steigt, sofern nicht die Regierung Schritte zur Erweiterung der Entwicklungsgrundlage durch schnelle Reinvestition der Exporteinnahmen aus solchen Produkten unternimmt. Selbst die kleine Gruppe mit mittleren Einkommen in solchen Gesellschaften — jene annähernd 20% der Bevölkerung, deren durchschnittlicher Anteil am Volkseinkommen in der Nähe des Mittelwertes seinen Schwerpunkt bildet —, selbst diese in Entstehung begriffene Mittelschicht erhält dann einen verringerten Anteil am Volkseinkommen, wenn das Wachstum plötzlich auftritt und sich zu sehr auf geschlossene Tätigkeitsgebiete beschränkt.

Mit der Ausweitung der Entwicklung in einem armen Land setzt für die Gruppe mittlerer Einkommen der Erfolg ein. Diese Gruppe profitiert im wesentlichen aufgrund ihrer Ausbildungs- und Beschäftigungsmöglichkeiten. Die 30 bis 40% der Gesamtbevölkerung jedoch, die die Armen bis sehr Armen umfassen, erhalten weiterhin einen unverhältnismäßig geringen und häufig sinkenden Anteil am Volkseinkommen. Begreiflicherweise leiden diese 40% am stärksten unter der wirtschaftlichen Notlage, die sich im Zusammenhang mit hohen Geburtenraten, schlechten Ausbildungsmöglichkeiten, steigender Inflation, Schwierigkeiten bei der Beschaffung von Krediten für einen bäuerlichen oder gewerblichen Kleinbetrieb und der Abwanderung vom wirtschaftlich stagnierenden Land in die Elendsviertel der Städte ohne Arbeitsplätze ergibt.

In den meisten Entwicklungsländern führt dies zu einer verzweifelten und hoffnungslosen Lage. Wie kann hier Abhilfe geschaffen werden? Zunächst muß die ungeheure *Ungleichheit der Chancen* vermindert werden.

Es bedarf gerechterer und umfassenderer Steuerbemessungen, besserer Bodenreformgesetze, Sicherheit für Pachtbesitz und vor allem konkreter Programme für die Produktivitätssteigerung kleiner bäuerlicher Betriebe. Nicht etwa Programme und Maßnahmen, die in langwierigen Gesetzesdebatten steckenbleiben und verzögert werden oder sich in komplexen Verfahren verlieren, die so viele Ausnahmebestimmungen aufweisen, daß sie schließlich mehr rhetorisch als real fundiert sind. Erforderlich sind durchführbare Fiskal-, Agrar- und Bildungsreformmaßnahmen, die sich in der Praxis voll und ganz bewähren. Vor allem jedoch bedarf es der Entschlossenheit, gegen die Ungerechtigkeiten in der Einkommensverteilung vorzugehen. Es erübrigt sich, darauf hinzuweisen, daß dies politisch schwierig ist. Aber wenn die Verteilung von Grund und Boden, Einkommen und Möglichkeiten derart verzerrt wird, daß eine verzweifelte Lage entsteht, so müssen die politischen Führer eben das Risiko einer unpopulären, aber notwendigen sozialen Reform gegen das Risiko einer sozialen Rebellion abwägen. „Zu wenig und zu spät“ ist die häufigste Grabschrift für politische Regime, die ihr Mandat gegenüber den Forderungen unbegüterter, arbeitsloser, entrechteter und verzweifelter Menschen eingebüßt haben.

Ich will darauf hinaus, daß wir uns endlich von dem Gedanken frei machen müssen, daß massive Armut in einem Entwicklungsland einfach ein Symptom der Unterentwicklung ist. Wir müssen dazu übergehen, sie vielmehr als einen Umstand zu betrachten, den es im Rahmen des gesamten Entwicklungsprogrammes des Landes zu bekämpfen gilt.

Solange nicht die *Entwicklungsländer selbst* Schritte unternehmen, um mit diesem Problem fertig zu werden, können die internationalen Institutionen und andere Auslandshilfsquellen wenig dazu beitragen, den ärmsten 40% der Bevölkerung zu helfen — jenen 40%, die den größten Entbehrungen ausgesetzt sind und in einer verzweifelten Notlage stecken. Sofern jedoch die Entwicklungsländer Schritte unternehmen und sicherstellen, daß der Nutzen des Wachstums ihren Völkern in gerechterer Form zugute kommt, dann benötigen und verdienen diese Länder die Hilfe, die notwendig ist, um eine vernünftige allgemeine Zuwachsrate zu erzielen. Aus diesem Grunde wurde das Ziel des zweiten Entwicklungsjahrzehnts für den jährlichen Zuwachs des Bruttosozialproduktes auf 6% festgesetzt. Dies ist in mei-

nen Augen ein notwendiges und auch ein erreichbares Ziel. Es kann jedoch nicht erreicht werden, wenn Auslandshilfe in Form von finanziellen Mitteln und Handelshilfen nicht in höheren Beträgen zur Verfügung gestellt werden als jene, mit denen wir aus jetziger Sicht rechnen können.

#### IV. Die Notwendigkeit amtlicher Entwicklungshilfe\*

Bei der Planung für das zweite Entwicklungsjahrzehnt und im Hinblick auf die Untermauerung des *Wachstumszieles* haben die Industrieländer festgestellt, daß die Höhe der in Gestalt amtlicher Entwicklungshilfe bereitzustellenden *Auslandshilfe* bis 1975 0,7% ihres Bruttosozialproduktes erreichen sollte.

Wo stehen wir gegenwärtig auf dem Wege zu diesem Ziel? Eine Reihe von Industrieländern haben bedeutende Fortschritte auf dem Wege zu diesem Ziel gemacht, wie aus der beigefügten Tabelle zu ersehen ist. Soweit heute erkennbar, werden indessen nur zwei Länder (Norwegen und Schweden) das Ziel erreichen bzw. überschreiten. Sechs weitere Länder (Australien, Belgien, Dänemark, Frankreich, Kanada und die Niederlande) werden dem Ziel nahekommen. Vier Länder werden zwar ihre Prozentsätze stark erhöhen, jedoch immer noch weit unter dem Ziel liegen; es sind dies Japan, Österreich, die Schweiz und Großbritannien. Der Beitrag der Vereinigten Staaten, der annähernd die Hälfte des gesamten Bruttosozialproduktes dieser Länder ausmacht, nimmt weiter ab. Er ist bereits von über 0,5% des Bruttosozialproduktes in den ersten Jahren der letzten Dekade auf 0,31% im Jahre 1970 zurückgegangen. Bis 1975 dürfte er auf rund 0,24% fallen. Ich muß daraus schließen, daß der gesamte Zufluß an amtlicher Entwicklungshilfe in der ersten Hälfte des Jahrzehnts wohl nur durchschnittlich 0,35% betragen wird, d. h. nur die Hälfte des Ziels des zweiten Entwicklungsjahrzehnts. Das ist eine sehr unerfreuliche Schlußfolgerung. Aber wir müssen den Tatsachen ins Auge sehen. Es ist nicht nur nicht damit zu rechnen, daß sich die amtliche Entwicklungshilfe als Prozentsatz des Bruttosozialproduktes bis 1975 auf über die Hälfte des Zielsatzes belaufen wird, sondern es ist auch nicht erkennbar, wie sich in der zweiten Hälfte der Dekade eine nennenswerte Verbesserung ergeben soll, sofern es nicht zu einem prompten und ausgeprägten Wandel im Verhalten der einzelnen Länder kommt.

War das Ziel von 0,7% zu hoch angesetzt? Sind die inneren Schwierigkeiten der Volkswirtschaften der Industrieländer so bemessen, daß es unrealistisch ist, anzunehmen, sie könnten sich dieses Ausmaß an Hilfe für die internationale Entwicklung leisten? Gewiß nicht, Ich habe auf die sehr *ungerechte Verteilung von Einkommen und Reichtum* hingewiesen, die innerhalb der Entwicklungsländer besteht, und ich habe betont, daß diese Nationen handeln müssen, um das künftige wirtschaftliche Wachstum so zu gestalten, daß dieses Ungleichgewicht beseitigt wird. Eine ähnliche Situation besteht jedoch auch im Hinblick auf die Verteilung von Einkommen und Reichtum in der Welt, also eine ungerechte Verteilung zwischen wohlhabenden und armen Ländern. In Anbetracht dieser Tatsache müssen auch analoge Schlußfolgerungen gezogen werden.

Während des ersten Entwicklungsjahrzehnts nahm das gesamte Bruttosozialprodukt der Erde um 1100 Mrd. Dollar zu. Dies entspricht einer Einkommenssteigerung in einer nahezu unfäßbaren Größenordnung.

\* Die hier aufgeführten Länder sind Mitglieder des Entwicklungshilfesausschusses der OECD, der über 95% aller amtlichen Entwicklungshilfe beisteuert. Die Hochrechnungen beruhen auf Schätzungen der Weltbank über das Wachstum des Bruttosozialproduktes, auf Informationen über Haushaltsansätze für Entwicklungshilfe und auf Äußerungen der Regierungen über ihre Entwicklungshilfepolitik. Angesichts des verhältnismäßig langen Zeitraums, der erforderlich ist, um gesetzlich genehmigte Entwicklungshilfebeiträge abzuändern und anschließend in Auszahlungen umzuwandeln, lassen sich heute mit ziemlicher Genauigkeit die Zuflüsse der amtlichen Entwicklungshilfe bis 1975 hochrechnen.

Wie aber ist dieser Einkommenszuwachs über die Erde verteilt? Achtzig Prozent des Zuwachses entfiel auf Länder, deren durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen bereits über 1000 Dollar liegt; diese Länder umfassen jedoch nur ein Viertel der Weltbevölkerung. Nur 6% des Zuwachses kam den Ländern zugute, deren durchschnittliches Pro-Kopf-Einkommen 200 Dollar und weniger betrug; in diesen Ländern leben 60% der Weltbevölkerung. Heutzutage liegt das durchschnittliche Pro-Kopf-Einkommen in den Industrieländern bei rund 2400 Dollar. Die Vergleichszahl für die Entwicklungsländer ist 180 Dollar. Nachdem die 25% der Weltbevölkerung, die in Industrieländern leben, abermals 80% des gesamten Zuwachses des Welteinkommens erhalten haben werden, wird ihr Pro-Kopf-Einkommen bis 1980 um rund 1200 Dollar zugenommen haben. Der vergleichbare Zuwachs im Pro-Kopf-Einkommen der 75% der Weltbevölkerung, die in Entwicklungsländern leben, wird unter 100 Dollar liegen, selbst wenn das Wachstumsziel des zweiten Entwicklungs Jahrzehnts erreicht werden sollte.

Das gesamte Bruttosozialprodukt der Industrieländer betrug 1970 rund 2000 Mrd. Dollar. Bis zum Jahre 1980 soll es bei konstanten Preisen auf mindestens 3000 Mrd. Dollar ansteigen. Das bedeutet, daß die Industrieländer nur rund 1,5% des Betrages, um den sie selbst während der zehn Jahre reicher werden, aufbringen müßten, um den augenblicklichen Zufluß an offizieller Entwicklungshilfe von 0,35% auf die geplanten 0,7% zu erhöhen. Die verbleibenden 98,5% ihres Einkommenszuwachses bieten ihnen ausreichende Mittel zur Erfüllung ihrer eigenen Prioritäten. Dürfen wir in Anbetracht dieser Tatsache ernstlich behaupten, daß diese wohlhabenden Länder das Ziel der amtlichen Entwicklungshilfe in Höhe von 0,7% ihres gesamten Bruttosozialproduktes nicht erreichen können? Es ist offensichtlich nicht eine Frage des Es-sich-nicht-leisten-Könnens.

So wie ich die Dinge sehe, liegen die Gründe für den ernstesten Rückgang der amtlichen Entwicklungshilfe auch nicht in der mangelnden Großzügigkeit der Völker der industrialisierten Welt oder in ihrer Gleichgültigkeit gegenüber der Gerechtigkeit.

Es ist viel eher eine Frage der Unwissenheit: mangelnde Einsicht in die unmenschlichen Bedingungen, unter denen Hunderte von Millionen Menschen in den Entwicklungsländern leben; mangelnde Kenntnis des gravierenden Ausmaßes der ungerechten Einkommensverteilung zwischen reichen und armen Ländern; mangelndes Verständnis dafür, wie bescheiden der Anteil am Einkommenszuwachs der wohlhabenden Länder ist, der — wenn er den Entwicklungsländern zur Verfügung gestellt würde — so viel für ihre Fähigkeit bedeuten würde, minimale Wachstumszielsetzungen zu erreichen.

Es wird behauptet, daß das Problem der Auslandshilfe in den wohlhabenden Ländern kein Thema für die Wählerschaft ist. Ich glaube nicht, daß dies zutrifft. Was ich glaube, ist, daß die Wählerschaft über das Thema in den meisten dieser Länder besser informiert werden müßte, dann ließe sie sich auch stärker mobilisieren und beeinflussen. Letzten Endes ist das eine Frage der politischen Führung. Wenn aber die Masse Mensch in wichtigsten Teilen der industrialisierten Welt auf dem gegenwärtigen Stand ihrer Anteilnahme verharrt — und das drückt sich nach wie vor in den Regierungen aus —, dann muß man daraus schließen, daß der Zufluß an amtlicher Entwicklungshilfe das Jahrzehnt über auf ihrem gegenwärtigen, völlig unzureichenden Stande bleiben wird.

Im Hinblick auf den Grad der Armut, die den menschlichen Geist in vielen Teilen der Erde niederdrückt, müßte dies tragische Folgen haben. Lassen Sie mich kurz analysieren, was dieses Versagen wirklich bedeuten würde.

Das Defizit bei der amtlichen Entwicklungshilfe trifft die ärmsten Länder am härtesten. Es ist unwahrscheinlich, daß sie in der Lage sein werden, das Wachstumsziel zu erreichen. Ihr Bedarf an amtlicher Entwicklungshilfe ist am höchsten; wenn diese auf ihrem derzeitigen Stand stagniert, so werden sie die Folgen am

stärksten spüren. Aber selbst jene Entwicklungsländer, die etwas besser gestellt sind, werden durch eine Verknappung der amtlichen Entwicklungshilfe gezwungen werden, sich Auslandsmittel aus weniger erfreulichen Quellen zu beschaffen — insbesondere solchen, die hohe Zinssätze oder frühe Rückzahlung verlangen. Die Gefahr der übermäßigen Inanspruchnahme solcher Quellen ist bekannt: damit erhöhen sich die kurz- und mittelfristigen Schuldenlasten durch die Belastung höherer Anteile an den Exporterlösen. Im Falle eines unerwarteten Abfalls dieser Erlöse kann es leicht zu ernststen Anspannungen in der gesamten Wirtschaft kommen.

## V. Das Schuldenproblem

Eines steht fest: wenn die Zuflüsse an amtlicher Entwicklungshilfe weit hinter dem Planziel der Dekade zurückbleiben, so werden für die Entwicklungsländer die Schuldenprobleme unvermeidlich zu einer immer schwereren Belastung.

Wollte man das Ziel eines 6%igen Zuwachses des Bruttosozialproduktes erreichen, so würde dies eine jährliche Zunahme des Importvolumens um über 7% erfordern. Dieser Zuwachs müßte in der Hauptsache durch schnelles Wachstum der Exporterlöse finanziert werden; darauf komme ich gleich noch zu sprechen. Aber selbst wenn die Erlöse stärker zunehmen als die Importe, würde das Handelsbilanzdefizit, das durch Zuwendungen und Auslandskredite finanziert werden müßte, zu laufenden Preisen um jährlich rund 7,5% zunehmen. Unter diesen Umständen müßten die Entwicklungsländer bei einer Kürzung der amtlichen Entwicklungshilfe entweder ihre Zuwachsraten senken oder ihre Schulden über ein vernünftiges Maß hinaus erhöhen. Mit beidem ist zu rechnen.

Seit Mitte der fünfziger Jahre haben die öffentlich garantierten Schulden pro Jahr um rund 14% zugenommen. Ende 1971 betragen sie über 60 Mrd. Dollar; der jährliche Schuldendienst belief sich auf über 5 Mrd. Dollar. Schuldendienstzahlungen haben seit Mitte der fünfziger Jahre um die gleiche jährliche Durchschnittsrate von rund 14% zugenommen. Dies entspricht annähernd dem Doppelten des Satzes, um den die Exporterlöse, aus denen die Schulden bedient werden müssen, zugenommen haben. Ein solches Verhältnis kann nicht auf unbestimmte Zeit fortbestehen.

Mit der Aussicht auf eine Verringerung der amtlichen Entwicklungshilfegelder auf einen weit geringeren Betrag als ursprünglich vorgesehen und teilweisem Ersatz durch Finanzhilfe zu härteren Bedingungen werden sich die Schuldendienstquotienten unweigerlich erhöhen. Der Schuldenfinanzierung fällt eine fort-dauernde Rolle in der Entwicklung zu. Sie muß jedoch in den Grenzen der Vernunft bleiben, die von Schuldnern und Gläubigern gleichermaßen zu wahren sind.

## VI. Die Ausweitung des Handels

Wenn die Entwicklungsländer in die Lage versetzt werden sollen, Kürzungen der amtlichen Entwicklungshilfe auszugleichen und die Schuldenlast in noch tragbaren Grenzen zu halten, ist für sie das dringendste Erfordernis eine starke Ausweitung der Ausfuhrerlöse.

Wie kann dies bewerkstelligt werden? Läßt es sich überhaupt bewerkstelligen? Die Antwort lautet ja — aber nur durch Vornahme schwieriger wirtschaftlicher Angleichungen, durch weitreichende Änderungen der grundsätzlichen Zielsetzungen und durch eine kluge politische Führung in den reichen wie in den armen Ländern.

In seinen großen Umrissen stellt sich das Problem ganz klar dar. Unter dem Gesichtspunkt der Ausfuhr haben wir es mit drei großen Gruppen von Entwicklungsländern zu tun:

— Die ölexportierenden Länder: Ölexporte machen  $\frac{1}{3}$  aller Ölexporte der Entwicklungsländer aus; sie nehmen durchschnittlich um 10% jährlich zu. Von diesen erheblichen Einnahmen gehen jedoch drei Viertel an nur 6 Länder, die weniger als 3% der Weltbevölkerung auf sich vereinen.

- Diejenigen Länder — manche von ihnen mit sehr geringem Einkommen —, die in hohem Maße auf die Ausfuhr landwirtschaftlicher Erzeugnisse angewiesen sind.
- Diejenigen Länder — von denen viele sich in der Gruppe mit mittleren Einkommen befinden —, denen sich die Möglichkeit bietet, ihre Einkünfte durch den Export von Industriegütern zu erhöhen.

Die verhältnismäßig wenig fluktuierende *Nachfrage nach landwirtschaftlichen Rohprodukten* hat zur Folge, daß das Wachstum bei den Exporten von Rohmaterialien (ohne Öle und Mineralien) aller Wahrscheinlichkeit nach 3% bis 4% jährlich nicht übersteigen wird. Die Industrieländer sind allerdings in der Lage, auch Ländern, die auf den Export derartiger Erzeugnisse angewiesen sind, Hilfe zu gewähren. Es ließen sich z. B. *Stabilisierungsvereinbarungen* nach dem Muster des internationalen Kaffee-Abkommens für Kakao und andere Güter abschließen. In solche Vereinbarungen könnte auch eine multilaterale Finanzhilfe einbezogen werden. Die reichen Völker könnten es sich überdies durchaus leisten, einen größeren Anteil an ihren Märkten für die landwirtschaftliche Einfuhr aus Entwicklungsländern verfügbar zu machen. *Protektionismus* auf dem Agrarsektor erweist sich namentlich angesichts des derzeitigen inflationären Klimas der Nahrungsmittelpreise bei den reichen Völkern als wenig sinnvoll, und zwar weder unter dem Gesichtspunkt der heimischen Märkte noch auf internationaler Grundlage. Um ein Beispiel zu nennen, stehen den Zuckerrübenanbauern in den Ländern mit gemäßigttem Klima andere Wege zum Erwerb ihres Lebensunterhalts offen; für die Zuckerrohranbauer in der Karibischen Inselwelt oder auf Mauritius und den Fidji-Inseln gilt das nicht. Das gleiche läßt sich von manchen anderen Gütern sagen:

Für die Länder mit besseren Möglichkeiten für den Export von *industriellen Gütern* — deren Bevölkerung insgesamt über eine Milliarde ausmacht — haben unsere Schätzungen ergeben, daß die Erreichung des Zieles eines Wachstums von 6% eine Zunahme der Exporterlöse bei derzeitigen Preisen um fast 10% jährlich erfordern würde. Dies wiederum setzt eine jährliche Zunahme der industriellen Exporte um 15% voraus.

Läßt sich diese Wachstumsrate erzielen? Auf dem Sektor der Fertigwaren steigt die Nachfrage in der Welt am stärksten; was die Industrieländer auf dem Gebiete während der sechziger Jahre erreicht haben, war eindrucksvoll. Tatsächlich sind ihre Exporte an Industriegütern um ungefähr 15% pro Jahr angestiegen. Es ist entscheidend, daß sich dieser Schwung in den sechziger Jahren fortsetzen kann. Der natürliche *vergleichsweise Vorteil der Entwicklungsländer* zeigt sich ganz klar bei denjenigen industriellen Erzeugnissen, die einen hohen Arbeitsanteil aufweisen oder auf reichhaltige Vorkommen im eigenen Land zurückgreifen können. Sie umfassen Dinge wie Textilien, Kleidung, Schuhwerk; Pflanzenöle, verarbeitete Nahrungsmittel; Spanplatten, Möbel, Glaswaren, Kunststoff- und Holz-erzeugnisse; schließlich elektronische und technische Teilaggregate. Wiewohl in den Industrieländern Bedarf an solchen Gütern besteht, haben die Entwicklungsländer gelegentlich zu lange an einer nach innen gerichteten Politik festgehalten, die Ersatz für Einfuhren zu schaffen sucht: Dieses Bestreben war vielleicht in den Anfangsstadien ihres industriellen Wachstums zweckmäßig, nunmehr aber beeinträchtigt es unnötig die Bemühungen zur *Förderung des Exports*. Für Regierungen in einer solchen Lage bieten sich eine Reihe von speziellen Maßnahmen an. Es lassen sich z. B. drückende Schutzzölle auf notwendige Rohmaterialien verringern, örtliche Kredite zu günstigeren Bedingungen für kleine arbeitsintensive und ausfuhrorientierte Unternehmen verfügbar machen und schließlich realistische Wechselkurse einführen und beibehalten.

Wenn schon die Entwicklungsländer ihre Politik der industriellen Entwicklung umgestalten müssen, um sich in Zukunft vom Ersatz für Importe abzuwenden und dafür größere Anstrengungen auf dem Gebiete der Exportförderung zu machen, so müssen die Industrieländer ihrerseits eine ebenso bedeutsame

Verschiebung von übermäßigem Protektionismus zu einer gerechteren und *weniger beschränkungsorientierten* Einfuhrpolitik vornehmen.

Es ist z. B. ganz und gar unlogisch, daß nach 20 Jahren der Entwicklungshilfe an arme Länder die reichen Länder eben diese Anstrengungen zunichte machen, indem sie *höhere Zolltarife* für die von den armen Ländern ausgeführten Industriewaren beibehalten als für Güter, die aus reichen Partnerländern eingeführt werden. Genau das aber tun die reichen Länder. Die Höhe der Zolltarife auf Einfuhren von Industriewaren aus reichen und armen Partnerländern stellen sich im Durchschnitt in den Vereinigten Staaten auf 7 bzw. 12%, in Großbritannien auf 9 bzw. 14% und in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft auf 7 bzw. 9%. Es ist jedoch nicht nur die Höhe der Zolltarife, die sich gegen die Entwicklungsländer diskriminierend auswirkt — es ist ganz einfach die Struktur. Die Tarifsätze erhöhen sich nämlich entsprechend dem Grad der Veredelung. In den Vereinigten Staaten gibt es keinen Zoll auf Häute und Felle, während die Sätze für Leder sich auf 5% und für Schuhe auf 10% belaufen. In ähnlicher Weise unterliegen in der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft Kakaobohnen aus Nichtmitgliedsländern einem Zollsatz von 3%, während verarbeitete Kakaoprodukte 18% zu entrichten haben. Dies zeigt deutlich, daß jedes *Veredelungsverfahren*, selbst das einfachste, durch den Tarif so kostspielig wird, daß es sich den günstigsten Markt für das betreffende Entwicklungsland entfremdet. Noch nachteiliger für die Ausfuhrmöglichkeiten der Entwicklungsländer ist die lange Reihe restriktiver, nicht auf Zollsätzen beruhender *Handelsbarrieren*, die die reichen Länder im Laufe der Jahre errichtet haben. Sie treten in Gestalt von Quoten, Subventionen und diversen Kaufvereinbarungen auf Begünstigungsbasis auf.

Zu den wichtigsten Gesichtspunkten der Planung für das zweite Jahrzehnt gehört es, daß die reichen Länder den industriellen Gütern aus den Entwicklungsländern eine *Vorzugsstellung* einräumen. Japan, die skandinavischen Länder und die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft sind mit unterschiedlichen Beschränkungen diesem Vorschlag gefolgt; andere Industrieländer prüfen noch die Lage. Es ist sehr wesentlich, daß dieser Plan in vollem Umfange realisiert wird; allerdings ist noch viel mehr vonnöten. Die vorgeschlagene Regelung im Sinne bevorzugter Behandlung würde die Ausfuhr von Industriegütern aus den Entwicklungsländern nur um etwa eine Milliarde Dollar pro Jahr erhöhen. Sollen diese Länder den notwendigen Schwung einer 15%igen Steigerung der Ausfuhr von Industriegütern beibehalten, so muß sich die jährliche Summe, die sich von unter zwei Milliarden Dollar im Jahre 1962 auf 7 Milliarden Dollar im Jahre 1970 erhöhte, bis 1980 auf 28 Milliarden Dollar vervierfachen.

Das ist natürlich eine gewaltige Aufgabe. Wir dürfen jedoch die Durchführbarkeit nicht schlechthin in Abrede stellen, schon gar nicht mit der Begründung, daß sie den reichen Ländern eine untragbare Einfuhrbelastung aufbürden würde. Ließe sich die Summe von 28 Milliarden Dollar an Exporten aus den Entwicklungsländern erreichen, so würde sie nur ungefähr 7% der veranschlagten Einfuhr von Industriegütern in die reichen Länder ausmachen und weniger als 1% des Bruttosozialprodukts dieser Länder erreichen.

Das *Volumen des Handels mit Fertigwaren* unter den Industrieländern selbst ist sehr beträchtlich und von gegenseitigem Nutzen. Die reichen Völker nehmen einander riesige Mengen von Fertigwaren ab. Es gibt keinen zwingenden Grund anzunehmen, daß es nicht gleichermaßen nutzbringend — dem wahren vergleichsweisen Vorteil nach sogar noch nutzbringender — wäre, wenn die hochindustrialisierten Länder einen größeren Anteil ihres expandierenden Marktes Fertigwaren aus den Entwicklungsländern zugänglich machen würden. Die *Aufnahmefähigkeit der reichen Länder* hinsichtlich solcher Waren ist ungeheuer groß; indem sie die arbeitsintensiveren Fertigwaren aus den Entwicklungsländern aufnehmen, können sie sich besser auf das Gebiet konzentrieren, wo sich ihnen ein echter ver-

gleichweiser Vorteil bietet, nämlich auf die Herstellung anspruchsvollerer Güter und solcher, die eine kapitalintensive technische Ausrüstung erfordern. Gerade solche Waren werden aber die Entwicklungsländer zunehmend benötigen; bei ihnen besteht ein weitgespannter potentieller Markt für solche Einfuhren, sofern es ihnen gelingt, als Gegenleistung einen angemessenen Teil des Marktes für ihre eigenen Fertigwaren zu erschließen. Auch wer die Wahrscheinlichkeit anerkennt, daß die Industrieländer auf lange Sicht Vorteil daraus ziehen werden, wenn sie ihre Märkte für die Einfuhr aus den Entwicklungsländern öffnen, wird geneigt sein, auf die Schwierigkeiten der Umstellung auf kurze Frist hinzuweisen. Ein guter Teil des sich auftürmenden Protektionismus entspringt den Befürchtungen derer, deren Arbeitsplätze und Investitionen verlagert werden müssen.

Es ist eine elementare politische Tatsache, daß die Industrieländer eine *realistische Umstellungspolitik* verfolgen müssen, um den Druck des Einfuhrwettbewerbs aufzufangen, indem sie zu Umschulung, Standortverschiebung und neuen Finanzierungen greifen. Bisher sind nur wenige in dieser Hinsicht aktiv geworden. Bis dahin wird die Opposition aus dem Kreis der Arbeitnehmer und der Unternehmensleitungen gegenüber der Liberalisierung des Handels sehr ausgeprägt sein — und das mit vollem Recht.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß wir alle in der Zielsetzung des Handels auf den Entwicklungssektor im landwirtschaftlichen wie im industriellen Bereich danach trachten sollten, dem Prinzip des echten vergleichweisen Vorteils näherzukommen. Die Grundlage dafür ist sowohl in den Industrieländern wie in den Entwicklungsländern gegeben, doch müssen beide bereit sein, egozentrische Zielsetzungen zu revidieren, um den Erfolg zu sichern. Nur im Klima eines liberalisierteren internationalen Handels können die Bemühungen internationaler und nationaler Hilfsorganisationen im Sinne der Verbesserung der Lebensbedingungen in der Entwicklungswelt vollen Erfolg zeitigen.

## VII. Die Weltbank

In diesem Zusammenhang erlauben Sie mir ein Wort über die Weltbank. Vor mehr als vier Jahren haben wir in der Weltbank ein Fünf-Jahre-Programm in Angriff genommen. Insgesamt hatten wir uns als Ziel gesetzt, daß die Bank in den mit dem 30. Juni 1973 zu Ende gehenden fünf Jahren ungefähr doppelt soviel ausleihen sollte als im vorhergehenden Fünf-Jahre-Zeitraum; anders ausgedrückt sollte sie im Zeitraum des Fünf-Jahre-Programms eine Summe vergeben, die etwa dem Gesamtbetrag entsprechen sollte, der während der ersten 23 Jahre der Geschäftstätigkeit der Bank aufgebracht wurde. Berücksichtigt man das Operationsprogramm für das laufende Geschäftsjahr und die Aussichten für das nächste (letzte) Jahr des Fünf-Jahre-Programms, kann man damit rechnen — vorausgesetzt, daß die dritte Wiederauffüllung der IDA ratifiziert wird —, daß die Gesamtheit der neuen Investitionen im Fünf-Jahre-Zeitraum tatsächlich über das ursprüngliche Ziel von 11,6 Milliarden Dollar hinausgehen wird; die Gesamtkosten aller von der Bank unterstützten Projekte dürften 30 Milliarden Dollar überschreiten.

Unsere Ziele erstrecken sich ferner darauf, die Kredite auf dem Gebiet des Erziehungs- und Bildungswesens zu verdreifachen und im Agrarsektor zu vervierfachen. Auch diese Zielsetzungen werden wir erreichen.

Ein weiterer Zweck, den wir verfolgt haben, erstreckt sich auf größeren Nachdruck bei der Hilfe für die allerärmsten unserer Mitgliedsländer, d. h. Länder mit einem Pro-Kopf-Einkommen von 100 Dollar oder darunter. Unsere Schätzungen gehen dahin, daß wir im Verlauf des Fünf-Jahre-Zeitraums von 1969—1973 die ärmsten Länder mit insgesamt 215 verschiedenen Vorhaben unterstützt haben werden. Die vergleichbare Zahl für die ersten 23 Jahre der Geschäftstätigkeit der Bank, also von 1946—1968, war 158.

Kurz vor dem Auslaufen unseres Fünf-Jahre-Programms richten wir nunmehr unser Augenmerk konzentriert auf das, was wir am nutzbringendsten tun können, um unseren Mitgliedsländern im Entwicklungsstadium in einem neuen Fünf-Jahre-Programm von 1974—1978 Beistand zu leisten. Dieses werden die entscheidenden Jahre für den Erfolg des zweiten Entwicklungsjahrzehnts sein, und wir beabsichtigen, darin eine Rolle zu spielen, die so produktiv wie nur möglich ist.

Es ist bereits klar geworden, daß eine dringende Notwendigkeit zur Ausweitung der Weltbankkredite besteht, ebenso wie zu einer erheblichen Erhöhung der IDA-Hilfe während des vierten Auffüllungszeitraums. Wir sind überzeugt, daß die erforderliche Erhöhung der IDA-Hilfe wie auch bei anderen Sparten der amtlichen Entwicklungshilfe erreicht werden kann. Diese Leistungen wären leichter zu erbringen, wenn Pläne aufgestellt würden, um die Finanzierung der Hilfe, sei es direkt oder indirekt, mit der zukünftigen Ausgabe von Sonderziehungsrechten zu verknüpfen.

## VIII. Zusammenfassung

Ich möchte zum Abschluß die wesentlichen Punkte, die ich Ihnen vorgetragen habe, kurz zusammenfassen:

- Es ist dringend erforderlich, die Ziele nationalen Wachstums zu den realistischen Zielen einer gerechteren Einkommensverteilung in Beziehung zu setzen. Ein Klima wirtschaftlichen Wachstums ist die Voraussetzung für den Fortschritt der in der Entwicklung begriffenen Völker, wiewohl ein solches Klima nicht schon von sich aus allein eine gerechte Beteiligung an den Früchten solchen Wachstums gewährleistet.
- Solange dies nicht von den Entwicklungsländern selbst herbeigeführt wird, kann noch soviel äußere Unterstützung, sei es in Gestalt von Hilfe oder Handel, nicht allzuviel tun, um das Wohlergehen der schwachen 40% ihrer Bevölkerung zu verbessern, die im Zustand der bittersten Armut leben.
- Das Ziel eines 6%igen Wachstums, das für das zweite Entwicklungsjahrzehnt aufgestellt wurde, läßt sich nur erreichen, wenn ein ergiebiger Fluß amtlicher Entwicklungshilfe erschlossen wird. Die laufenden und geplanten Zuflüsse amtlicher Entwicklungshilfe, die bei weniger als der Hälfte des genannten Zieles liegen, sind völlig unzureichend. Sofern nicht die amtliche Entwicklungshilfe sich ausweitet, werden die ärmsten Länder einfach nicht in der Lage sein, ihre Ziele zu erreichen; viele andere werden sich zunehmend ernsteren Schuldenproblemen gegenübersehen.
- Selbst wenn sich die amtliche Entwicklungshilfe in der geplanten Höhe von 0,7% des Bruttosozialprodukts bewegt, würde die Erreichung des Wachstumszieles im zweiten Entwicklungsjahrzehnt eine erhebliche Handelsunterstützung der Entwicklungsländer durch die reichen Nationen voraussetzen. Es müssen Schritte unternommen werden, um die Agrarexporte der darauf angewiesenen Entwicklungsländer zu stabilisieren und auszuweiten. Bei denjenigen Ländern, die die Möglichkeit zum Export von Fertigwaren haben, müssen diskriminierende Hemmnisse auf den Märkten ausgeräumt und Präferenzen eingeführt werden.
- Ebenso wie wir erkennen müssen, daß es die Pflicht der politischen Führer der Entwicklungsländer ist, unbillige Verhältnisse zu erkennen, die innerhalb ihrer Völker bestehen, und Schritte zu unternehmen, um sie zu beseitigen, ebenso müssen wir zu dem Schluß kommen, daß die reichen Völker der Welt — die über 25% der Menschen, jedoch über 80% ihres Reichtums verfügen — jetzt dazu übergehen müssen, zusätzliche Unterstützung in Gestalt von Hilfe und Handel bereitzustellen, deren die Entwicklungsländer bedürfen, um ihre nationalen Mindestziele zu erreichen. Diese zusätzliche Hilfe läßt sich finanzieren, indem man nur einen kleinen Prozentsatz des Einkommenszuwachses abzweigt, der in den 70er Jahren den Industrieländern zufließen wird.

Es ist während der restlichen Jahre dieses Jahrzehnts unsere offenkundige Pflicht, uns klarzumachen, was Massenarmut wirklich bedeutet; wir müssen ihre Ausmaße bestimmen, ihren Standort feststellen, eine Grenze setzen, unterhalb derer wir sie nicht länger dulden wollen, und schließlich mit Dringlichkeitsstufe eins eine bestimmte Schwelle menschlicher Würde und Anstandes schaffen, die innerhalb einer Generation erreicht werden kann.

#### Veranschlagter Zustrom amtlicher Entwicklungshilfe, ausgedrückt in Prozent des Bruttosozialprodukts<sup>1</sup>

	1970	1971	1972	1973	1974	1975
Australien	0,59	0,58	0,59	0,59	0,59	0,60
Belgien	0,48	0,51	0,54	0,58	0,62	0,66

Dänemark	0,38	0,43	0,48	0,53	0,58	0,64
Deutschland	0,32	0,31	0,32	0,33	0,33	0,34
Frankreich	0,65	0,65	0,65	0,65	0,56	0,65
Großbritannien	0,37	0,38	0,38	0,38	0,41	0,43
Italien	0,16	0,16	0,16	0,16	0,16	0,16
Japan	0,23	0,24	0,29	0,31	0,33	0,35
Kanada	0,43	0,45	0,48	0,51	0,55	0,59
Niederlande	0,63	0,64	0,64	0,64	0,65	0,68
Norwegen	0,33	0,36	0,47	0,56	0,66	0,72
Österreich	0,13	0,16	0,17	0,19	0,22	0,25
Portugal	0,45	0,41	0,45	0,45	0,45	0,45
Schweden	0,37	0,49	0,52	0,60	0,74	0,88
Schweiz	0,14	0,16	0,22	0,26	0,30	0,32
Vereinigte Staaten	0,31	0,31	0,30	0,28	0,26	0,24
Entwicklungshilfesausschuß insgesamt	0,34	0,35	0,35	0,35	0,35	0,35

## Sonderberichterstattung Synode (XII)

### Erste Arbeitssitzung der Synode in Würzburg (II)

#### Themen der Sakramentenpastoral und der Verkündigung

Wie *erinnerlich* standen in Würzburg insgesamt 15 Tagesordnungspunkte auf dem Programm. Außer den Entwürfen zu organisatorischen Fragen der katholischen Publizistik, über die wir berichtet haben (vgl. HK, Juni 1972, 302—306), waren noch sieben Entwürfe und eine Reihe von Verfahrensfragen zu diskutieren. Sie wurden in der Reihenfolge behandelt: Grundsätze für Strukturen kirchlicher Entscheidungsgremien und -prozesse, Beteiligung der Laien an der Verkündigung im Gottesdienst, Taufpastoral, Buße und Bußsakrament, Beteiligung des Gottesvolkes an der Sendung der Kirche, Rahmenordnung für die Leitung und Verwaltung der Bistümer in der Bundesrepublik Deutschland, Rahmenordnung für die pastoralen Strukturen im Bistum, Zuweisung von weiteren Beratungsgegenständen (Verabschiedung des von der Zentralkommission vorgeschlagenen, auf 34 Verhandlungsgegenstände reduzierten Themenkatalogs einschließlich der Diskussion über die Auflagen der Bischofskonferenz zu den Themen *Geschiedene* und „*viri probati*“, vgl. HK, Juni 1972, 307 ff.), Anträge zur Änderung der Geschäftsordnung (die hier wegen Geringfügigkeit der Entscheidungen übergangen werden können), Nachwahl eines Mitgliedes des Rechtsausschusses (die nach viermaligem Versuch, zwischen den beiden Kandidaten, Prof. K. Forster und Prof. W. Kasper, zu einer Entscheidung zu kommen, ergebnislos blieb), Genehmigung von Beschlüssen der Zentralkommission (Zuweisung von neuen Synodalen zu den einzelnen Kommissionen, Klärung des Status der Sachverständigen im Sinne von *Ad-hoc-Beratern*), Verschiedenes (worüber ebenfalls wegen Geringfügigkeit der Materie nicht berichtet zu werden braucht). Wir beschränken uns in diesem zweiten Bericht auf die Themen der Sakramentenpastoral (Taufe, Buße) und der Verkündigung (Beteiligung des Laien). Auf den Komplex Strukturfragen werden wir im nächsten Heft zurückkommen.

Obwohl der Sammeltitle in Würzburg nicht gebraucht wurde, ist es sinnvoll, die beiden Vorlagen zur Taufpastoral und zu Buße und Bußsakrament in die Perspektive

einer übergreifenden *Sakramentenpastoral* zu stellen oder diesen größeren Rahmen wenigstens anzudeuten, denn es handelt sich hier um ein erstes Entwurfspaar. Der Taufvorlage soll auf der Herbstsitzung 1972 ein Entwurf über die Firmung folgen, und eine Vorlage über den Gottesdienst (Eucharistie) ist für die Frühjahrssitzung 1973 geplant. Mit dieser Themengruppe verwandt ist auch die in Ausarbeitung befindliche Vorlage der K IV „Christlich gelebte Ehe“. Demgegenüber reicht der Entwurf über die Beteiligung des Laien an der Verkündigung, da die Amtsfrage stark davon berührt ist, eher in die Rubrik Strukturen hinein. Doch gehört er der angezielten Sache nach in den Verkündigungsbereich im engeren Sinne und ist von daher auch verwandt mit den Themen der Sakramentenpastoral: beide sind bezogen auf denselben, in Wandlung begriffenen *Gemeindehintergrund*.

#### 1. Die Vorlage zur Taufpastoral

Die Vorlage zur Taufpastoral (aus K II) bestand aus ganzen fünf Thesen mit knappen Begründungen, jeweils gefolgt von einigen pastoralen Richtlinien und von insgesamt sechs Anordnungen.

Die *Thesen*: 1. Die Taufe ist unverdientes Gnadengeschenk Gottes. Sie ist zugleich Eingliederung in die Kirche, die dem einzelnen in der konkreten Gemeinde begegnet. Der Taufbewerber bedarf der Hilfe der Gemeinde; sie wird ihm zuteil in erster Linie durch den Paten, der seinerseits vor der Gemeinde dafür einsteht, daß der Taufbewerber seine Berufung als Christ ernst nimmt. Die Vorbereitung erfolgt im Katechumenat. 2. Die Kindertaufe wird bejaht, jedoch an bestimmte Voraussetzungen gebunden. Sind die Voraussetzungen seitens der Eltern nicht gegeben, muß die Taufe aufgeschoben werden, bis die Eltern ihre Verantwortung erkennen oder das Kind zu einer eigenen Glaubensentscheidung herangereift ist. 3. Der Bedeutung der Taufe entspricht es, daß sie an einem hervorgehobenen Tag des Kirchenjahres und unter Be-